

Nebrunzeiger

Ersteinst
Mittwoch im Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,50 Mk. vorausbezahlt, durch
die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch
die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die einseitige Spaltenzeile oder deren
Raum 15 Pfg., bei Abwärtslesen 10 Pfg.,
Retikeln pro Zeile 15 Pfg.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Pfg.
angerechnet.

Amfliches Organ der Königl. und städt. Behörden in Nebra a. N.

Nr. 93.

Nebra, Mittwoch den 21. November 1906.

19. Jahrgang.

Wozu der Lärm?

Diese Frage richtete Fürst Bilow in seiner Reichstagsrede, die Antwort auf die bangen Fragen der Volkswirter geben sollte, an den Reichstag. Die Worte, die solche Frage einleiteten, lauten:

An der sozialistischen Presse lese ich immer wieder, daß unter Verleumdungsmaschinen zur See die Schiffe bringen an der in England gegen uns herrschenden Verfehlung. Wie oft habe ich dargelegt, daß der Gedanke, als ob der Ausbruch der deutschen Flotte sich gegen England richte, geradezu töricht ist — ich finde keinen anderen Ausdruck, um den Gedanken, als ob wir England gegenüber uns mit kriegerischen Absichten trügen, zu kennzeichnen —, daß auch die Behauptung mancher englischen Presse vor einer gut nicht vorhandenen großen deutschen Flotte unzulässig ist. Hat doch gerade bei dem Londoner Schiffsbau zu Ehren unserer städtischen Behörden oder wenigstens in jenen Tagen ein englischer Minister mit Recht erklärt, daß England gerade die schlagfertigste und freieste Flotte besitzt, die es gehabt habe, und daß es diese Flotte auf ihrer jetzigen Höhe erhalten werde. Und noch vor einigen Wochen verhielt der Erste Lord der Admiralität öffentlich, die englische Flotte sei nie stärker gewesen als im gegenwärtigen Augenblick, nie stärker sei als irgend ein möglicher Zusammenstoß, der gegen England aufgebracht werden könnte. Wo, wozu der Lärm?

Die Stellungnahme des Fürsten Bilow mag durchaus von Übergangigkeit leiten sein, sicher aber nicht von der unangenehmsten Meinung der deutschen Flottenbau mit solchen Worten bestritten. Denn angenommen, die englische Flotte sei im gegenwärtigen Augenblick dem Zusammenstoß mehrerer Flotten Europas gewachsen, so darf nicht vergessen werden, daß alle Mächte, die hierbei in Betracht kämen, mit Eifer ihre Flotten ausbauen. Und wie der deutsche Reichstag, so fragen auch die Leiter der englischen Politik ab und zu: Wozu der Lärm?

Freilich, die halbhumoristische Frage des Fürsten Bilow soll im deutschen Parlament die Schalten verheiden, die Frage der englischen Staatsmänner soll sie vor ihrem Parlament heraufschweben. Das ist ja die entscheidende Unterfrage zwischen der Flottenpolitik des Landes und derjenigen der Weltmächte, daß man jenseits des Kanals unumwunden die Flotte vor aller Welt zur Verfügung der vor herrschenden Gesamtheit ausbreitet. Auf dem Festlande aber dienen die Flotten, wie alle Gattungsarten beweisen, nur zum Schutz der Handelsmarine.

Die englische Regierung sieht sich naturgemäß genötigt, wie sie überdies zu behalten, den Ausbruch der englischen Flotte zu beschleunigen, und das auch im englischen Inland wichtige Kulturaufgaben des Flottenbaues wegen ihres Verdrängung finden können (die Arbeitslosigkeit ist noch immer nicht gelöst), so sieht England in dem Ausbruch der Flotte Deutschlands eine schwere Gefahr. Denn auch die Diplomaten vor dem Auslande und im Parlament fühlen Empfindung verstanden, indem sie sich in ganz gegenständlichen Sinne äußern, so handeln auch sie nach jener berühmten Vorschrift, die sich in den Worten ausdrückt: Die Sprache ist den Diplomaten gegeben, um ihre Gedanken zu verbergen. Die Gedanken der englischen Diplomatie aber sind offenkundig! Sie zielen auf die Abschließung und Unterdrückung Deutschlands. Das damit die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung in greifbare Nähe gerückt wäre, ist wohl ausgeschlossen, aber Deutschlands diplomatische Bewegungsfreiheit wird völlig lahm gelegt. Das kann auch in der sich an die Handelsrechte anschließende Debatte zum Ausdruck. Was aber hilft? die Weltöffentlichkeit wird sich weiter entwickeln, wie die Geschichte der letzten zehn Jahre es zeigen läßt. Und man wird gut tun, das Stanzgerüst ins Gebächnis zu schreiben. Wozu der Lärm? Die Weltlage ist immer wieder — bis Nanonenbörner und Schlichtungsgeheimnisse die stammende Menschheit vom Gegenteil überzeugen. Sie war ja auch freilich, als Japan schon zum entscheidenden

Schlage gegen den ostasiatischen Nebenbuhler ausheile. Wie die Diplomatie wüßte, daß ein großer Krieg bevorstand — Fürst Bilow hat es jetzt im Reichstag verlesen. Wozu also der Lärm?
M. A. D.

Hus dem Reichstage.

Der Reichstag brachte am Freitag noch lange Zeit mit Wahlprüfungen zu. Zunächst wurde die Wahl der fortwährenden Abg. Dietrich und Walther in runder Abstimmung für gültig erklärt. Das Ergebnis der Abstimmung über die Wahl des Abg. Walther, die von Freiwählern und Sozialdemokraten wegen angeblicher Einmischung der Sozialdemokraten auf das höchste schätzbar werden wurde, wurde von Seiten der Wähler mit lebhaften Mißfallen aufgenommen. Der Präsident erklärte die Wahl für unzulässig. Dann wurde der ganze Wahlakt bei der Prüfung der Wahl des eilfjährigen Abgeordneten Wiltberger über die Frage geurteilt, ob das Nützliche der Öffentlichkeit zugunsten dieses Mandats als eine unzulässige Wahlbeeinträchtigung zu betrachten sei. Schließlich wurde in runder Abstimmung der Antrag der Freiwähler auf Beweiserhebung abgelehnt und die Wahl als gültig erklärt.

Am 17. S. hielt auf der Tagesordnung Fortsetzung der Wahlprüfungen. Zunächst gelangt der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abg. Stern (sonst, 4. August) zur Verhandlung. Die Kommission beantragt die Wahl für gültig zu erklären.

Abg. Kovich (fr. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß nach dem Wahlrecht, dessen Angaben sich nicht genau festlegen, auch bei dieser Wahl amtliche Beeinträchtigungen in umfangreicher Weise vorgekommen sind. Mit der Wahl der Wahlprüfungskommission, nach der trotz solcher unwürdiger Vorgänge die Gültigkeit der Wahl ausgedrückt wird, wenn nach Abzug der betr. Stimmenzahl der Gesamtergebnis überwiegen bleibt, sind solche Vorgänge werden. Schließlich wird nicht, so führt diese Strafe bei der Wahlprüfung an den abstraktesten Konsequenzen. Redner beantragt Jurisdiktion an die Wahlprüfungskommission und über diesen Antrag namentliche Abstimmung.

Abg. S. G. G. (sonst) (Zentr.) An dem Gesamtergebnis wird nichts geändert, auch ist nicht an fortzuführen, inwiefern die Beeinträchtigung profane Wirkung gehabt hat. Wir sind für sofortige Gültigkeitserklärung.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) beantragt Ungültigkeitserklärung der Wahl und namentliche Abstimmung.

Abg. G. G. (sonst) erklärt sich bereit, der Jurisdiktion an die Kommission zuzustimmen.

Abg. G. G. (sonst) erklärt sich bereit, die Rechte freiwähliger Wahlprüfung an und bittet um Jurisdiktion an die Kommission.

Darauf wird unter Zurückziehung des Antrages auf namentliche Abstimmung dem Antrag Kovich gemäß die Jurisdiktion an die Wahlprüfungskommission beschlossen.

Es folgt die Wahl des Abg. Höffel (freiw.) (1. Klasse-Abgeordneter). Die Kommission beantragt Gültigkeitserklärung.

Abg. G. G. (sonst) (fr. Sp.) widerspricht diesem Antrag und wünscht Zurückverweisung.

Abg. W. (sonst) (fr. Sp.) führt aus, daß der Bericht der Kommission nicht die Unzulässigkeit enthält, auch nicht die sich bei Befolgung der „geordneten“ Grundsätze danach, ob es sich um einen Kandidaten der Fortwählenden oder des Zentrum oder einer anderen Partei handelt. Die Kommission hielt es nicht für eine Wahlbeeinträchtigung, wenn ein Zornschrei bei der Dienstätte auf dem Soppe die Berechtigung der Partei vornahm. Aber welchen Sinn hat die Instanz haben kann, haben wir doch beim Hauptmann von Spennitz gesehen. Wäre der Hauptmann von Spennitz früher aufgetreten, so hätte der Bericht der Kommission andere gelautet.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) verweist den Bericht und die Haltung der Kommission. Die Kommission habe es nie an Offenheit gelassen fehlen lassen.

Präsident Graf Ballochheim teilt mit, daß Abg. W. namentliche Abstimmung über den Antrag W. G. G. auf Zurückziehung beantragt habe.

Abg. S. G. (sonst) Die Mehrheit der Wahlprüfungskommission läßt sich nicht mehr von Rechtsgrundlagen leiten, sondern sie urteilt nach parteipolitischen Gesichtspunkten.

Abg. S. G. (sonst) (Zentr.) Den Grundgedanken der Wahlprüfungskommission aufgeführt, daß die von der jetzigen Wahlprüfungskommission geradezu ins Gegenteil verkehrt. Der jetzigen Reichstag hat die Wahlprüfungskommission, die er verdrängt. Den Bericht, die Wahlprüfungen einer Verleumdung, daß das Zentrum zu überzeugen, können wir nicht abwarten. Der Reichstag würde sich ein Verurteilungsentscheidungen ausstellen, wenn er erklären würde, er selbst könne die Wahlprüfungskommission nicht vorgehen.

Abg. W. (sonst) (Zentr.): An Oberhausmitglied können wir uns mit der Sozialdemokratie abfinden. Als alter Mitglied der Kommission kann ich erklären, daß stets objektiv verfahren ist.

Abg. v. Dersben (sonst) tritt gleichfalls für die Kommission ein.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.): Es besteht eine gewisse Ähnlichkeit zwischen dem, worüber wir uns hier vorgetragen in der auswärtigen Politik zu besorgen hatten, und dem Gegenstand der heutigen Verhandlung. Es ist das Schicksal des Reichstages. Nach vor fünf, sechs Jahren wären solche Verhältnisse aber Wahlprüfungen unmöglich gewesen. Der Reichstag war, dem Abg. v. Dersben, kein Muster von Disziplin, kein, wir verlangen Objektivität von der Kommission, wir verlangen uns dagegen, daß eine Wahlprüfungskommission der Reichstag existieren.

Präsident Dr. Baumbach: Herr Abgeordneter, ich kann es nicht dulden, daß Sie eine Kommission des Reichstages in der öffentlichen Meinung bloßstellen.

Abg. Müller-Sagan: Die Kommission scheint noch Abmahnungen zu erteilen.

Präsident Baumbach: Ich verbitte mir solche Unterstellungen, und muß Sie zum zweiten Male zur Ordnung rufen!

Abg. Geyer (sonst) wirft der Majorität eine Wahl mit doppelter Debatte vor.

Abg. Geyer (sonst) (fr. Sp.): Wenn der Abg. Baumbach ausführt, wir hätten nur Behauptungen aufgestellt, aber keine Beweise erbracht, so ist er im Verdacht, wir haben Bann für Bann nachzugehen, welche Grundfälle für die Kommission jeweils maßgebend gewesen sind. Die Wahl der Kommission ist seine feine, sie ist billiger als Wasser, sie ist in aller Überzeugung.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) wiederholt die Angriffe gegen die Wahlprüfungskommission. Die Wahl der sozialdemokratischen Abg. Braun sei nur zu dem Zweck gestattet worden, um für den Abg. W. G. G. den Führer der Nationalliberalen, wieder Was in Reichstage zu schaffen.

Abg. Stern (fr. Sp.): Bei der Frage der Gültigkeit der Wahl von Braun und Braun habe ich mit dem Herren geteilt, weil ich eine Erklärung der Wähler nicht für gerecht gehalten hätte. Die Wahlprüfungskommission kann aber nicht als einseitige Entscheidung angesehen werden, sondern sie muß von Fall zu Fall urteilen. Der Zerkorismus der Sozialdemokraten bei den Wahlen geht weit über das hinaus, was jemals an amtlicher Wahlbeeinträchtigung geübt worden ist.

Abg. Geyer (sonst) nimmt die Wahlprüfungskommission in den Vorwurf, nach Parteigünstigkeit und nicht nach Gerechtigkeit zu urteilen, in Schutz und betont, daß gerade die Verleumdung der Kommission und insbesondere des Vorsitzenden absolut kein Zweifel erhoben werden könne.

Darauf schlägt die Debatte, und die Jurisdiktion der Wahlprüfung an die Kommission wird gegen die Stimmen der Freiwähler und der Sozialdemokraten abgelehnt und die Wahl für gültig erklärt.

Darauf verliert sich das Haus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der König von Dänemark traf am Montag zum Besuch des deutschen Kaisers in Berlin ein.

Der Kaiser hat den Jahresbericht der Reichsanstalt des alten Kaisers, durch die am 17. Nov. 1881 die umfassende sozialpolitische Gesetzgebung des Deutschen Reiches eingeleitet wurde, nicht vordrücken lassen, ohne sich von neuem zu den Grundgedanken dieser Vorberufung zu bekennen und ihren weiteren Ausbau für die Zukunft in Aussicht zu stellen. Er hat deshalb einen Erlaß an den Reichskanzler erlassen, in dem er die Hofkapelle des alten Kaisers in ihrer Bedeutung würdigt.

Die Zimmereingabe des Grafen v. Stoltenberg und der Domkapitel von Osnabrück und Bielefeld mit der Bitte um Änderung der Bestimmungen über die Unterrichtsfrage des schulpflichtigen Religionsunterrichts ist nach einer Ablehnung der Reichsregierung im Auftrage des Kaisers durch das Kultusministerium abgelehnt worden.

Die amerikanische Tarifkommission, die von der Washingtoner Regierung ernannt worden ist, um sich mit den deutschen Zolltarifen über die notwendige Zollregulierung in Amerika zu verständigen, ist in Berlin eingetroffen und hat ihre Beratungen begonnen.

Die Staatsberatungen im Bundesrat sind noch ziemlich im Stillstande, da man in den obersten Reichsinstanzen bezüglich über das wichtigste Mehrforderungen, u. a. auch für das Heer und die Marine noch nicht zu einem Einverständnis gelangt ist. Es erhebt daher fröhlich, ob die Staatsberatungen im Reichstage nach vorbeschriebenen Umständen wird. Für Schwedensarita ging dem Reichstage ein Staatsratgesetz in Höhe von 20.220.000 Mk. zu.

Die Reichstagskommission für die Maß- und Gewichtsordnung hielt ihre Schlußsitzung ab und stellte den vom Abg. Raab (fr. Sp.) verfassten Bericht fest, nach dem die Eichbeamten der Neubildung der endgültigen Durchführungen der Neubildung in den Staatsämtern übernommen werden sollen.

Zu der Frage der Fleischordnung ist in der nächsten Zeit ein Bericht des Staatsministeriums noch nicht zu erwarten. Bis zur Eröffnung des neuen Landwirtschaftsministeriums, die in den nächsten Tagen erfolgen soll, wird von der Regierung alles Material zur Vorbereitung einer Entscheidung gesammelt und geprüft.

Eine neue Denkschrift des Generalstabes über Deutsch-Schwedensarita betont die unbedingte Notwendigkeit des Bahngutes von Ansbach bis Neumarktsburg.

Schweiz.

In Wiener Regierungskreisen veranlaßt die Unterredung zwischen dem Reichskanzler v. Hofmann und dem österreichisch-ungarischen Minister des Innern v. Threnhalt haben eine sehr berichtigenden Verlauf genommen; sie hat zwischen beiden Staatsmännern volles Einverständnis über alle Fragen der auswärtigen Politik ergeben.

Frankreich.

Aus Anlaß der Rede des deutschen Reichskanzlers, der feststellte, daß nach dem französischen Minister oder Parlamentarier für eine Verväglichung zwischen der Republik und Deutschland eingetreten sei, weil der Sozialistenführer Gaurès erneut mit allem Nachdruck darauf hin, daß Frankreich sich nicht daran hat, mit Deutschland auf freundschaftlichem Fuße zu leben und zu bleiben.

England.

Die Wären, die unter Ferrero in die Kapkolonie eingefallen waren, sind gefangen genommen worden. Damit ist bis auf weiteres die Nähe in Sibirien wieder hergestellt.

Luxemburg.

In der Luxemburgischen Kammer wurde eine Anfrage wegen der Fleischnot beraten. Minister Epshen sagte zu, daß er internationale Maßregeln gegen Viehseuchen anregen werde.

Schweden.

Der dreizehnerisch-spanische Handelsvertrag ist nun auch vom Ständevertrag in Bern und zwar mit 24 gegen sechs Stimmen genehmigt worden.

Italien.

Wie aus Rom berichtet wird, hat die Rede des Reichskanzlers v. Hofmann an die italienischen Abgeordneten im Reichstag einen sehr freundlichen Eindruck gemacht. Der freudige Anerkennung soll die Regierung den freudigsten Worten, die Fürst Bilow dem Verhältnis zwischen Italien und Frankreich, sowie der Freundschaft des Dreieckes widmete.

In Mailand brach ein allgemeines Streik aus, wobei die italienische Regierung die Lieferung von 2100 Tonnen Panzerplatten für das Geschütz „San Giorgio“ einer amerikanischen Firma übertrug.

Spanien.

Wie es scheint, wird der Streit zwischen Kirche und Staat abermals zu einer Ministerkrise führen. Im letzten Ministerrat waren nämlich die Meinungen über die Stellungnahme der Regierung zur Zitierte gestellt. Der König wird infolgedessen von seinem Jagdsitz früher, als in Aussicht genommen, zurückkehren.

Russland.

Man beginnt im Zarreich mit den Offizieren abzurechnen, die nicht mit eigener Hand während in ihren Truppenstellen zu unterrichten verstanden. Der Kommandeur des Moskauer Grenadierregiments, Oberst S. G. G., wurde zu administrativer Bestrafung verurteilt, weil er unterlassen hatte, zur Unterdrückung einer Gärung in seinem Regiment geeignete Maßnahmen zu treffen.

Mit Rücksicht auf das immer steigende Glend der Juden in Westrußland und die Regierung trotz ihrer Verleumdungen keinerlei Vorkehrungen trifft, hat eine Anzahl ehemaliger Duma-Abgeordneter beschlossen, im Falle ihrer Wiederwahl in allererster Linie in der neuen Duma die Judenfrage zu verhandeln.



Büchtag.
Der Büchtag ist eines von den großen Kirchenfesten. Er ist auch keiner von den Feiertagen, die in allen Ländern gleichmäßig begangen werden. Er ist auch nicht einmal einer von den Tagen, die von ein und derselben Religionsgemeinschaft auf einen bestimmten Kalendertag festgelegt sind. Wir finden ihn einmal und zweimal im Jahre wiederkehren, wie leben ihn in der Frühling und in den Herbst sollen, ganz der Bestimmung des Landes, in dem er begangen wird. Für das nördliche Deutschland ist dieser Tag seit einigen Jahren auf den 21. November festgelegt worden, also auf das heilige Datum. Mit dem Büchtag ist heut der Tag im Jahre gekommen, der eine Woche für unser Innenleben bedeuten soll. An ihm sollen wir zunächst schauen in das Land der Vergangenheit, um neue Seelenkräfte zu sammeln für den Weg, der uns in das Land der Zukunft hineinführt. Und nicht hoch Worte sollen wir an diesem Tage herunterleeren. Nein, wir wollen den lesten Vorstoß lassen, und selbst getreu zu bleiben, unseren Nächsten zu lieben und alle unsere Kräfte für das Gelingen der Gesamtheit einzusetzen. Wir sollen uns bewußt werden lassen, daß es nur einen Weg gibt, der zum gerechten Ziel führt: den Weg des Rechts, und vor da nicht wagt, welches dieser Weg ist, der heute nur auf den Kompaß, denn er in seiner Brust trägt. Unverwandelbar wird dieser ihm die Richtung anweisen, die er zu wandeln hat, selbst wenn Nacht und Sturm unser Menschenleben umgeben. So sollen den Büchtag den Tag werden für uns, der er sein soll. Laßt ihn den Tag der Einfuhr sein, den Tag des Ueberflusses und der guten Vorsätze:
Kopf ein bei Dir und halte Maß, dich selber zu ergründen, dann wirst Geduld von der Last Du Deiner Sünden finden. Schau in das Land, das vor Dir liegt, such' dein Dir Weis und Weis, daß Du den Grund in Dir hast, dann bist Du auch die Gnade, — du wirst erlöst, daß Du gerettet, Mit ganzem Gese am Büchtag heut!

Vermischtes.
Nebra, 20. November. Wir machen nochmals auf den heute Dienstag hier eingetroffenen Zirkus William aufmerksam, der im Bezirklichen Hof einige Vorstellungen geben wird. Dem Zirkus geht ein guter Ruf voraus und kann der Besuch nur empfohlen werden.
Die Gesshäfte für das Abtragen der Postanweisungen und der Briefe mit Wertangaben nach den Landbestellbesitzern ist durch eine Verfügung des Reichspostamts vom 1. Dezember ab von 10 auf 5 Pfg. ermäßigt worden.
Der Beginn der Schonzeit für Rebhühner, Wachteln und kochische Moorhühner wird für den Umfang des Regierungsbezirks Westphalen auf Sonntag den 1. Dezember 1906 festgesetzt.
Nachdem ein angesehener Betrag von fünfzigtausend Mark mit dem neuen Geringe (1/2 Markstücke) hergestellt und in den bisherigen Formen geprägten Stücke eingezogen werden. Im Interesse einer beschleunigten und vollständigen Einziehung der alten fünfzigtausend Markstücke ist diese altschaltige Abtretung an die öffentlichen Kassen erwünscht. Die letzteren sind angewiesen worden, die fraglichen Münzen nicht nur in Zahlung, sondern auch zur Umwechslung von jedermann anzunehmen und dabei etwaigen Wünschen nach Umtausch gegen andere Münzen tunlichst zu entsprechen.
Querfurt, 19. November. Die Geisten vom hiesigen Gewerbeverein und den vereinigten Anrainern einberufenen Handwerkerversammlung, die sich mit der Aussprache über die zu gründende Handwerker-Vereinsvereins-Gesellschaft befaßt. Wie in Nebra vor 8 Tagen waren auch hier die Meinungen über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit des Projekts geteilt und soll das Handwerker-Vereinsmitglied Herr Seelig hieron der Handwerker-Vereinsvereins-Gesellschaft geben und vielleicht nochmal hier später eine Verammlung zum Bericht einberufen.
Literarisches.
Die „Lebensfreude“ zu werten und dadurch

das Menschenherz für das Glück empfänglich zu machen und ihm den Weg dazu zu zeigen. Ist der Zweck des Lesens im Hinblick auf B. J. Zanger in Köln a. Rh. erschienenen prächtigen Bändchen „Lebensfreude“ Sprüche und Gedichte gesammelt von B. J. Zanger (Preis hübsch in Leinwand gebunden Mk. 1.—), das sich durch seinen Inhalt sowohl als durch die vornehme Ausstattung vorzüglich als Geschenk eignet, und überall Freude machen wird.
Daß der Herausgeber nicht schematisch gearbeitet, zeigt schon ein Blick in das original angelegte Inhaltsverzeichnis. Neben einige Worte gegebene Aufzählung gemocht ist, wird hier der Leser schon dadurch für das Nachfolgende interessiert, weil jene Hauptabteilung durch ein treffendes Motto charakterisiert ist und auf die Unterabteilungen durch kurze Verweise hingewiesen wird. Auf diese Weise hat der Leser bereits durch die Verweise des Inhaltsverzeichnis einen hohen Genuß und schon hier treten ihm die schönsten Gedanken entgegen. Zu vermerken ist, daß die meisten Sprüche dieser vorzüglichen Sammlung teils gar nicht, teils nur wenig bekannt sind. — Wir empfehlen das vornehm angelegte Bändchen nicht nur wie gesagt zu Geschenken, sondern in erster Linie auch für den eigenen Gebrauch.
Eine solche reiche Distanz wie in diesem Jahre kommt selten vor und wohl Groß und Klein, Arm und Reich erfreut sich an den herrlichen Früchten in Garten und Feld. Inzwischen Christbäume haben aber durch den reichen Fruchtanhang schwer zu leiden und noch jahrelang werden die Folgen davon zu spüren sein, wenn die Befruchtungs nicht mit fundiger Hand ihrem Baumbesitzer zu Hilfe kommen. Hier ist ein Aß, dort die Krone abgebrochen, jener Baum ist bei der Uebertragung an der Wurzel beschädigt usw., und alle diese Beschädigungen müssen gehoben werden, ebenso wird eine sachgemäße Bepflanzung diesmal mehr als sonst am Platze sein. Aber wie macht man das? Wir möchten fragen, denn die richtige Kenntnis über den Döbstaß ist noch lange nicht Gemeingut aller

Vollschichten geworden. Im Verlage der Buchhandlung W. L. Bauer in Hofheim ist gerade zu rechter Zeit unter dem Titel: „Das A B C des Döbstaßes“ ein Gießbüchlein erschienen, das den auf vomologischem Gebiet hervorragenden praktischen Lehrer C. G. Stolbe zum Verfasser hat und beruhen erscheint, in der Döbstaßliteratur eine schweremangelnde Lücke auszufüllen und zwar nicht nur insofern sie eingehenden und leichtverständlichen Beschreibung aller zur Pflege der Döbstaß und bei Neuanpflanzungen erforderlichen Arbeiten, sondern auch wegen seines billigen Preises, denn dieses wertvolle Büchlein verleiht der Verlag franco gegen Einsendung von 85 Pfg., und ist käuflich für 75 Pfg. durch jede Buchhandlung zu beziehen. Das reiche Inhaltsverzeichnis wiederzugeben würde zu weit führen, erwähnen wollen wir aber, daß neben der Döbstaßpflege auch die Ansicht und Behandlung der Hochstämme und Formbäume durch zahlreiche Abbildungen scheinbar verständlich gemacht wird, und das schließlich noch ein Anhang: „Die Döbstaßkultur“ den Gärtnerinnen über die Aufzucht und die Konfirrierung aller Döbstaßarten wichtiger Ratgeber ist.

MESSMER'S THEE
der belichtete und verbreitetste, zu Originalpreisen bei H. Barthel, Fernsprecher 10.

Kirchliche Nachrichten.
Mittwoch, den 21. November.
Feier des allgemeinen Landesbüch- und Bettags. Es beginnt um 10 Uhr.
Herr Oberprediger Schmieger.
Es predigt um 2 Uhr:
Herr Diaconus Weiser.
Kollekte für das Kranken- und Brüderhaus zu Neinstedt am Sonntag.
Feiere und heil. Abendmahl.
Die Weihnacht findet nach dem Vormittagsgottesdienst statt.
Anmeldung bei Herrn Oberprediger Schmieger.

Bekanntmachung.
Seitens der Jagdberechtigten wird in neuester Zeit wieder vermehrt über Schädigungen der Jagd durch frei herumlaufende Hunde geklagt. Ich bringe daher die Kreis-Polizei-Verordnung vom 12. September 1895, nach welcher das freie Umherlaufenlassen von Hunden ohne Aufsicht oder ungehindert auf den Straßen und Plätzen der Ortschaften, sowie auf den Wald- und Feldfluren verboten ist, zur genauesten Nachachtung in Erinnerung.
Ich bemerke noch, daß auch Hunde unter die Polizei-Verordnung fallen, welche von Grundbesitzern mit zur Feldarbeit hinaus genommen und draußen völlig unbeaufsichtigt frei laufen gelassen werden.
Querfurt, den 1. November 1906.
wird hiemit noch besonders zur Kenntnis gebracht.
Nebra, den 19. November 1906.

Der königliche Landrat von Helddorf.
Die Polizei-Verwaltung.
Strauch.

Zirkus William.
Preussischer Hof, Nebra.
Dienstag, den 20. November, abends 8 Uhr,
große Gala-Eröffnungs-Vorstellung
mit hier noch nie gegebenem Programm.
Des Büchtags wegen fällt die Vorstellung am Mittwoch aus.
Donnerstag, den 22. November, abends 8 Uhr, zweite große Gala-Vorstellung mit vollständigem neuem Programm.

Bekanntmachung.
Gemäß der Polizeiverordnung vom 11. Januar 1893 (Amtsblatt de 1893 Seite 118) müssen alle innerhalb der Sozietät zur Regulierung der Unfrucht von Bretleben bis Nebra an den Unfruchtfräusen und Weiden befindlichen Weidenpflanzungen bis zum 15. November eines jeden Jahres geschwitten werden, desgleichen sind alle Ufer, Vorländer und Deiche — auch an den Bächen und Kanälen — von allem Unkraut, Kletten, Disteln, Schilf usw. gründlich zu reinigen und in guter Rajendecke zu erhalten.
Mit Rücksicht auf die Mühen und den bescheidenen Arbeitermangel will ich diesen Termin auch in diesem Jahre bis zum 15. Dezember verlängern, wobei ich ausdrücklich bemerke, daß eine weitere Fristverlängerung unter keinen Umständen erfolgt. Auch können Unterschiede in der Größe und Ausdehnung der Weidenpflanzungen usw. nicht gemacht werden, und verfallen die Säumigen in jedem Falle der Zustimmung in eine Geldstrafe bis zu 30 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfälle entsprechende Faust tritt.
Sangerhausen, den 8. November 1906.

Der Direktor der Sozietät zur Regulierung der Unfrucht von Bretleben bis Nebra.
v. Doetinchem, königlicher Landrat.

Alle irgendwo und von wem angebotenen Bücher Werke, Broschüren, Musikalien usw. besorgt.
Karl Stiebitz.

Sommersprossen und alle anderen Gesicht- und Hautunreinigkeiten verschwinden sofort.
Auskunft ganz unentgeltlich. Verlag: Helios, Berlin S., Fürstenstrasse 18.
Dienstag **Fächer** verloren gegangen. Abend ein Abzugeben gegen gute Belohnung bei Dr. Haeseler.

Schellfisch.
Fr. Kropf, Burgstraße.
Zum Räuchern nehmen Würstchen und Fleischwaren an. Eduard Stange.

Pferd, kleiner Fuchs, fehlerfrei, nur billig zu verkaufen. Wo? fragt die Expedition dieses Blattes.
Kochermende wird gesucht ohne gegenseitige Vergütung. Kurhaus Matiger Ritter, Bad Rösen.

Talg und Fette kauft zu den höchsten Preisen gegen Kaffe Galische Dampf-Seifen- und Parfümerie-Fabrik Stephan & Co., Halle a. S.

Einige Wohnung mit Zubehör, Wasserversorgung im Hause, bei Bedarf mit Stall, zu vermieten und 1. April zu beziehen bei Hermann Brühner, Heindorfstr.

Anfrichts-Postkarten sind zu haben in der Buchdruckerei Nebra.

Responsible Redaktion, Druck und Verlag von Karl Stiebitz in Nebra.

PRÄMIE für unsere Abonnenten!
Das grosse Prachtwerk **Allgemeines illustriertes Kochbuch** für die deutsche Küche
herausgegeben von deutschen Hausfrauen unter Mitwirkung hervorragender Autoritäten der Koch- und Backkunst,
enthaltend 632 Seiten Text mit über 2400 Rezepten der Koch-, Back- und Einmachekunst, 18 Farne und 14 schwarze Illustrationen, sowie eine sehr große Anzahl Abbildungen im Text voranst., in hochelegantem, altdeutschen Prachtband, (ganz Leinen, mehrfarbig bedruckt, Gold- und Hochprägung.) soll infolge grosser Massenabnahme zu dem ganz neuen billigen Preise von **nur 3,50 Mk.** verkauft werden. Wir freuen uns, dieses hervorragende Werk als Prämie für unsere Abonnenten erwerben zu können, welches insofern eine ganzliche Neuerung darstellt, als es sich inhaltlich von jeder Einzeligkeit vollständig frei macht.
Es ist nicht die Wiederholung kulinarischer Erfahrungen eines Einzelnen und bringt nicht die Rezepte einer oder weniger Gegenden — es haben vielmehr ein nach Anderem ständiger Kreis deutscher Hausfrauen und erste Fachleute an seiner Zusammenstellung gewirkt.
Aus der Entstehungsgeschichte des Buches sei kurz folgendes angeführt:
Im Frühjahr 1904 trat die Verlagsabteilung mit einem



„Aufwurf“ an Deutschlands Frauen haben die Koch-, Back- und Einmachekunst zuzuwenden, der Erfolg war ein kaum erwarteter: aus allen Ecken des deutschen Vaterlandes und aus allen Schichten der Bevölkerung kamen die Rezepte an, so zahlreich, dass deren Sichtung und Prüfung mehrere Monate in Anspruch nahm, — eine Arbeit, der sich das Preisrichterkollegium, bestehend aus:
Frau Clara Krobmann, Vorsteherin der Lehrerin Fröbel-Schule, Berlin, Köpenickerstr. 12, Herr Alphonse Butz, Köchenin im Hause „Rudolf Dresde“, Berlin, Unter den Linden, Herr Jacob Loy, Oberkonfitor im Hause „J. G. Kranzler“, königlicher Hofkonfitor, Berlin, Unter den Linden, mit grosser Hingebung widmete. Über 300 der wertvollsten und besten Rezepte sind ausgewählt und hiermit festgesetzt, dass an diesen 152 Mitarbeiterinnen bzw. Einsenderinnen beteiligt dasteht und in den weitesten Kreisen der Hausfrauen das grösste Interesse findet. Die Arbeit der gewählten und eleganten Ausstattung erstreckt sich auf billige Preis **von 3,50 Mark**
macht es jeder, auch der einfachsten Hausfrau möglich, das Prachtwerk anzuschaffen.
Schonnettes und geschätztes Geschenk für jede Dame.
Für auswärtige Zone kommen 25 Pfennig Porto hierzu im übrigen Reich zu Pfennig. Da die Nachfrage eine sehr grosse ist, dürfte es sich empfehlen, die Bestellungen umgehend zu bewirken.
Expedition des „Nebraer Anzeiger“.

Neber-Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Amfliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. N.

Ar. 93.

Nebra, Mittwoch den 21. November 1906.

19. Jahrgang.

Wozu der Lärm?

Diese Frage richtete Herr Wilow in seiner Reichstagsrede, die Antwort auf die hängenden Fragen der Wahlvereiter geben sollte, an den Reichstag. Die Worte, die diese Frage einleiteten, lauten:

In der sozialistischen Presse lese ich immer wieder, daß unter Berechtigungsmaßnahmen zur See die Schuld liegt an der in England gegen uns herrschenden Verhöhnung. Wie oft habe ich bemerkt, daß der Gedanke, als ob der Ausbau der deutschen Flotte sich gegen England richte, geradezu tödlich ist — ich finde keinen andern Ausdruck, um den Gedanken, als ob wir England gegenüber uns mit kriegerischen Absichten trügen, zu fassen —, daß auch die Behauptung mancher englischen Presse vor einer nur nicht vorhandenen großen deutschen Flotte unanfechtbar ist. Hat doch gerade bei dem Londoner Festspiel zu Ehren unserer fähigsten Vertreter oder wenigstens in jenen Tagen ein englischer Minister mit Herrn Reich, daß England zurzeit die schlagfertigste und freieste Flotte besitzt, die es je gehabt habe, und daß es diese Flotte auf ihrer jetzigen Höhe erhalten werde. Und nach vor einigen Wochen veröffentlichte der Erste Lord der Admiralität öffentlich, die englische Flotte sei nie stärker gewesen als im gegenwärtigen Augenblick, wie sie stärker sei als irgend ein möglicher Zusammenstoß, der gegen England aufgebracht werden könnte. Wo, wozu der Lärm?

Die Zustimmung des Reichstages mag durchaus von Absehung diktiert sein, sicher aber nicht, daß die englische Regierung den deutschen Flottenbau mit solchen Augen betrachtet. Denn angenommen, die englische Flotte ist im gegenwärtigen Augenblick dem Zusammenstoß mehrerer Flotten Europas gewachsen, so darf nicht vergessen werden, daß alle Mächte, die hierbei in Betracht kämen, mit Eifer ihre Flotten ausbauen. Und wie der deutsche Reichstagsler, so fragen auch die Leiter der englischen Politik ab und zu: Wozu der Lärm?

Freilich, die halbmonatliche Frage des Reichstages soll im deutschen Parlament die Schärfe verlieren, die Frage der englischen Staatsminister soll sie vor ihrem Parlament herabstufen. Das ist in der entscheidenden Unterredung zwischen der Flottenpolitik Englands und derjenigen der Reichstagsmächte, daß man jenseits des Kanals unumwunden die Flotte vor aller Welt zur Befestigung der vorherrschenden Seemachtstellung ausbaue. Auf dem Festlande aber dienen die Flotten, wie alle Staatsleistungen beweisen, nur zum Schutz der Handelsmarine.

Die englische Regierung sieht sich naturgemäß genötigt, will sie ihr Übergewicht behalten, den Ausbau der englischen Flotte zu beschleunigen und da auch im englischen Interesse wichtige Anlaufbedingungen des Flottenbaues wegen seiner Veranschlagung finden können (die Reichstagsanfrage ist nach immer nicht erfüllt), so steht England in dem Wachen der Flotte Deutschlands eine schwere Gefahr. Wenn auch die Diplomaten vor dem Auslande und im Parlament solche Empfindung verbergen, indem sie sich in ganz gegenständlichen Sinne äußern, so handeln auch sie nach ihrer berühmten Vorsicht, die sich in den Worten ausdrückt: Die Sprache ist den Diplomaten gegeben, um ihre Obhut zu verbergen. Die Gedanken der englischen Diplomatie aber sind offenkundig! Sie zielen auf die Abfertigung und Entfaltung Deutschlands. Daß damit die Gefahr einer kriegerischen Erweiterung in größere Nähe gerückt wäre, ist wohl ungeschloffen, aber Deutschlands diplomatische Bewegensfreiheit wird nicht lahm gelegt. Das kam auch in der sich an die Reichstagsrede anschließenden Debatte zum Ausdruck. Was aber hilft's? die Weltöffentlichkeit wird sich weiter entwickeln, wie die Geschichte der letzten zehn Jahre es ahnen läßt. Und man wird gut tun, das Stangenwerk ins Gedächtnis zu schreiben. Wozu der Lärm? Die Weltlage ist immer friedlich — bis Kanonenendonner und Schladtengelänge die taunende Menschheit vom Gegenteil überzeugen. Sie war ja auch friedlich, als Japan schon zum entscheidenden

Schlage gegen den ostasiatischen Lebenshüter ausbotte. Nur die Diplomatie mochte, daß ein großer Krieg bevorstand — Herr Wilow hat es jetzt im Reichstag verlesen. Wozu also der Lärm? M. A. D.

Hus dem Reichstage.

Der Reichstag brachte am Freitag nach langer Zeit mit Wahlprüfungen an. Zunächst wurde die Wahl der kommissarischen Abgeordneten und Minister in der nächsten Abstimmung für gültig erklärt. Das Ergebnis der Abstimmung über die Wahl des Abg. Malteus, die von Freiwählern und Sozialdemokraten wegen angeblicher Einschüchterung der Staatsbürger auf das höchste bekämpft worden war, wurde dem Letzten der Linken mit lebhaften Applaus aufgenommen. Der Präsident erklärte die Wahl für ungültig. Dann wurde dem ganzen Reichstag bei der Beratung der Wahl des ständigen Abgeordneten Wiltberger über die Frage gestritten, ob das Aufreihen der Geisteskräfte gegen dieses Kandidaten als eine unzulässige Beeinträchtigung zu betrachten ist. Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag der Freiwähler auf Verneinung der Wahl als gültig erklärt.

Am 17. d. steht auf der Tagesordnung fortgesetzt die Wahlprüfungen. Zunächst gelangt der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abg. Keren (sonst, 4. Bericht) zur Beratung. Die Kommission beantragt die Wahl für gültig zu erklären.

Abg. Hoffsch (fr. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß nach dem Wahlprotokoll, dessen Angaben sich als richtig erweisen, auch bei dieser Wahl amtliche Beeinträchtigungen in umfangreicher Weise vorgekommen sind. Mit der Wahl der Wahlprüfungskommission, nach der trotz solcher unwiderbringlichen Ergebnisse die Gültigkeit der Wahl ausstehend wird, wenn nach Abzug der betr. Stimmenzahl das Gesamtresultat unverändert bleibt, muß ein solches Ergebnis werden. Schließlich hat nicht, so führt Herr Reich, bei der Abstimmung zu den abfertigten Kandidaten. Redner beantragt Zurückweisung an die Wahlprüfungskommission und über diesen Antrag namentliche Abstimmung.

Abg. Schwarz (Zentr.) im Namen des Gesamtresultat wird nichts geändert, auch ist nicht zu kontrollieren, inwieweit die Beeinträchtigung nicht Wirkung gehabt hat. Wie sind für folgende Gültigkeitserklärung.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) beantragt Ungültigkeitserklärung der Wahl und namentliche Abstimmung.

Abg. Schäfers (sonst.) erklärt sich bereit, der Zurückweisung an die Kommission zuzustimmen.

Abg. Gothein (fr. Sp.) wirft der Medien fremde Beeinträchtigung vor und bittet um Zurückweisung an die Kommission.

Darauf wird unter Zurückweisung des Antrages auf namentliche Abstimmung dem Antrag Hoffsch gemäß die Zurückweisung des Wahlberichts an die Kommission beschlossen.

Es folgt die Wahl des Abg. Köffel (freiw., 11. Ersatzwahl). Die Kommission beantragt Gültigkeitserklärung.

Abg. Gothein (fr. Sp.) widerspricht diesem Antrag und wünscht Zurückweisung.

Abg. Wittenberg (lib. Sp.) führt aus, daß der Bericht der Kommission viel Unrichtigkeiten enthält, auch richte sie sich bei Verlesung der sogenannten Grundzüge danach, ob es sich um einen Kandidaten der Kontraktion oder des Zentrums oder einer anderen Partei handelt. Die Kommission ist nicht für eine Beeinträchtigung, wenn ein Dornbock mit der Dienstinne auf dem Kopf die Verteilung der Stimmzettel vornimmt. Aber welchen Grund hat die Kommission, wenn wir doch beim Kaufmann von Rosenfeld gehen. Wie der Kaufmann von Rosenfeld früher aufgetreten, so hätte der Bericht der Kommission anders gelautet.

Abg. Welflein (Zentr.) widerspricht dem Bericht und die Haltung der Kommission. Die Kommission habe es nie an Gewissenhaftigkeit fehlen lassen.

Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß Abg. Wittenberg namentliche Abstimmung über den Antrag Gothein auf Zurückweisung beantragt habe.

Abg. Singer (sonst.) Die Mehrheit der Wahlprüfungskommission läßt sich nicht mehr von Reichstagsmitgliedern leiten, sondern sie urteilt nach parteipolitischen Gesichtspunkten.

Präsident Dr. Bartsch: Ich muß es als unzulässig beschreiben, daß Sie sagen, die Kommission urteile nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten.

Abg. v. Dergen (sonst.) tritt gleichfalls für die Wahlprüfungskommission ein.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.): Es besteht eine gewisse Ähnlichkeit zwischen dem, worüber wir uns hier vorgehen in der auswärtigen Politik zu befassen hatten, und dem Gegenstand der heutigen Verhandlung. Es ist das Schicksal des Reichstages. Nach vor fünf, sechs Jahren wären solche Beschlüsse über Wahlprüfungen unmöglich gewesen. Der Vorleser mag dem Wahlentscheid, das Herr v. Wilow von einem Diplomaten sagt, ein Minister von Intelligenz sein, wir verlangen Objektivität von der Kommission, wir vermehren uns dagegen, daß eine Wahlprüfungskommission den Reichstag kontrolliert.

Präsident Dr. Bartsch: Herr Abgeordneter, ich kann es nicht dulden, daß Sie eine Kommission des Reichstages in der öffentlichen Meinung bloßstellen. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Müller-Sagan: Die Kommission scheint nach Abschlüssen zu urteilen.

Präsident Dr. Bartsch: Ich möchte mir solche Unterstellungen, und muß Sie zum zweiten Male zur Ordnung rufen!

Abg. Geier (so.) wirft der Majorität eine Wahl mit doppeltem Boden vor.

Abg. Gothein (fr. Sp.): Wenn der Abg. Bursage ausführt, wir hätten nur Behauptungen aufgestellt, aber keine Beweise erbracht, so ist es im Interesse der Wahlprüfungskommission, wenn sie die Beweise für die Kommissionen jenseitig nachgehend gesehen sind. Die Wahl der Kommission ist keine feste, sie ist flüchtig als Wahl, sie ist so in jeder Übergang.

Abg. Fischer-Berlin (so.) wiederholt die Angriffe gegen die Wahlprüfungskommission. Die Wahl der sozialdemokratischen Abg. Braun sei nur zur dem Zweck gefällig worden, um für den Abg. Hoffmann, den Führer der Nationalisten, einen Platz im Reichstage zu schaffen.

Abg. Krensch (fr. Sp.): Bei der Frage der Gültigkeit der Wahl des Nachwuchs und Braun habe ich mit dem Bericht gestimmt, weil ich eine Festlegung der Stimmen nicht gerecht gehalten hätte. Die Wahlprüfungskommission kann aber nicht nach allgemeinem Gutachten urteilen, sondern sie muß von Fall zu Fall urteilen. Der Terrorismus der Sozialdemokraten bei den Wahlen geht weit über das hinaus, was jemals an amtlicher Beeinträchtigung geleistet worden ist.

Abg. Gröber (Zentr.) nimmt die Wahlprüfungskommission gegen den Vorwurf, nach Parteigebundenheit und nicht nach Gerechtigkeit zu urteilen, in Schutz und betont, daß gegen die parteipolitische Gebundenheit und den Gerechtigkeitssinn der Mitglieder der Kommission und insbesondere des Vorsitzenden absolut kein Zweifel erhoben werden konnte. Damit schließt die Debatte.

Die Zurückweisung der Wahlprüfung an die Kommission wird gegen die Stimmen der Freiwähler und der Sozialdemokraten abgelehnt und die Gültigkeit der Wahl des Abg. Köffel bestätigt. Darauf verlegt sich das Haus.

Pohtische Rundschau.

Deutschland.

*Der König von Dänemark traf am Montag zum Besuch des deutschen Kaisers in Berlin ein.

*Der Kaiser hat den Jahresstag der bekannten Reichstags des alten Kaisers, durch die am 17. Nov. 1881 dieumfassende sozialpolitische Gesetzgebung des Deutschen Reiches eingeleitet wurde, nicht vorübergehen lassen, ohne sich noch einmal zu dem Grundgedanken dieser Kaiserregiment zu betonen.

*Die Reichstagskommission für die Maß- und Gewichtsordnung hielt ihre Schlußsitzung ab und stellte dem von Abg. Reich (fr. Sp.) verfassten Bericht fest, nach dem die Sachverständigen hinsichtlich der endgültigen Durchführung der Neuordnung in den Staatsbüchern abgenommen werden sollen.

*Zu der Frage der Freistellung der in der nächsten Zeit ein Verzicht des Staatsministeriums noch nicht zu erwarten. Bis zur Ernennung des neuen Reichsfinanzministers, die in den nächsten Tagen erfolgen soll, wird von der Regierung alles Material zur Vorbereitung einer Entscheidung gesammelt und geprüft.

*Eine neue Denkschrift des Generalstabes über Deutsch-Südwestafrika bespricht die unbedingte Notwendigkeit des Aufbaues von Kolonial- und Handelsposten.

*In Wiener Regierungskreisen verläutet, die Unterredung zwischen dem Reichsminister v. Bismarck und dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren Herrn v. Kautsky haben einen sehr befriedigenden Verlauf genommen; sie hat zwischen beiden Staatsmännern volles Einverständnis über alle Fragen der auswärtigen Politik ergeben.

*Aus Anlaß der Rede des deutschen Reichstagslers, der teilnahmte, daß nach dem französischen Minister oder Parlamentarier für eine Veränderung zwischen der Republik und Deutschland eingetreten sei, weil der Sozialistführer Laurids erneut mit einem Mandat beauftragt ist, daß Frankreich sich bereit erklärt hat, mit Deutschland auf friedlichem Wege zu leben und zu bleiben.

*Die Buren, die unter Ferreira in die Kapkolonie eingedrungen waren, sind gefangen genommen worden. Damit ist über ein weiteres die Ruhe in Südafrika wieder hergestellt.

*In der Luxemburgerischen Kammer wurde eine Anfrage wegen der Freistellung beraten. Minister Eichen sagte zu, daß er internationale Maßregeln gegen Viehdiebstahl anregen werde.

*Der chilenische spanische Handelsvertrag ist nun auch vom Senat in Bern und zwar mit 24 gegen sechs Stimmen genehmigt worden.

*Die aus Rom berichtet wird, hat die Rede des Reichstagslers v. Bismarck in den französischen Kreisen Italiens den allerhöchsten Eindruck gemacht. Besondere Anerkennung soll die Regierung dem freimütigen Worten, die Herr Wilow dem Verhältnis zwischen Italien und Frankreich, sowie der Freundschaft des Freundschaftsbündnisses widmete.

*In Mailand droht ein allgemeiner Streik auszubrechen, weil die italienische Regierung die Lieferung von 2100 Tonnen Panzerplatten für das Schiffsbauwerk „San Giorgio“ einer amerikanischen Firma übertrug.

*Die es scheint, wird der Streit zwischen Kirche und Staat abermals zu einer Ministerkrise führen. Zum letzten Ministerwechsel waren nämlich die Meinungen über die Stellungnahme der Regierung zur Zivilische Freiheit. Der König wird infolge dessen von keinem Jagdausflug freier, als in Aussicht genommen, zurückzukehren.

*Mit Rücksicht auf das immer steigende Feind der Juden in Westrußland und da die Regierung trotz ihrer Verbrechen gegen die jüdischen Bevölkerung, hat eine Anzahl chemischer Duma-Abgeordnete beschlossen, im Falle ihrer Wiederwahl in allererster Linie in der neuen Duma die Judenfrage zu verhandeln.

Inserationspreis für die einseitige Korpusseite oder deren Raum 15 Bgr., bei Beibringen 10 Bgr. Retikolen pro Zeile 15 Bgr. Inserate werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

